

Chronologie

Bettina Reiter

2008

August

20. August

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission stellt ein Projekt vor, das unbegrenzten Online-Zugang zu den Ergebnissen EU-finanzierter Forschung unterstützen soll. Ziel ist es die europäische Forschung zu stärken, indem die Befunde der Forscher einem möglichst breiten Publikum zur Verfügung gestellt werden und die auf modernsten Forschungsergebnissen basierenden praktischen Anwendungen in der Industrie zu fördern.

22. August

Energieversorgung: Die Kommission stimmt der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens aus deutschen, dänischen und norwegischen Energieversorgern zu. Damit macht sie den Weg frei für ein nordeuropäisches Energienetzwerk.

26. August

Soziales Europa: Die Kommission veröffentlicht eine Studie zur Bevölkerungsentwicklung in Europa. Demnach wird ab 2015 die Zahl der jährlichen Todesfälle höher sein, als die der Geburten. Die Kommission befürchtet eine bevorstehende Krise für Wirtschaft und Staatshaushalte.

28. August

Infogesellschaft: In einer Erklärung zieht die Kommission in Betracht die Sekundentakt-Abrechnung bei Handygesprächen innerhalb der EU einzuführen. Dadurch sollen Gebühren gesenkt und die grenzüberschreitende Kommunikation mit Mobiltelefonen attraktiver gemacht werden.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Bei einer öffentlichen Anhörung im Parlament werden die Pläne der Kommission zur Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln diskutiert. Vertreter von Interessensverbänden zeigten sich kritisch gegenüber den Vorschlägen der Kommission, da sie insbesondere steigende Kosten für kleine Unternehmen erwarten.

September

01. September

Erweiterung und Nachbarn: Bei einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs werden die Beziehungen der EU zu Moskau nach dem Georgien-Konflikt diskutiert. Mögliche Sanktionen werden dabei außer Acht gelassen. Ergebnis ist das Aussetzen der Verhandlungen über ein weit reichendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Ausschuss für Industrie und Energie des Europäischen Parlamentes nimmt einen Bericht an, der den Vorschlägen der Kommission zu CO₂-Einsparungen widerspricht. Die Kommission fordert Autohersteller dazu auf die durchschnittlichen CO₂-Emissionen bis 2012 um 40% zu senken, während der Parlamentsausschuss an der derzeitigen Gesetzgebung festhalten möchte und damit Autoherstellern zuspricht.

02. September

Infogesellschaft: Die Kommission schlägt die Einrichtung einer Institution vor, welche den Telekommunikationssektor stärker kontrollieren soll. Das Parlament spricht sich dagegen aus, aufgrund der Befürchtung die Kommission könnte durch die Kontrolle der neuen Behörde mehr Macht gewinnen.

Soziales Europa: Die Kommission stellt ein neues Sozialpaket im Parlament vor. Insbesondere wird der Entwurf einer Richtlinie für die Bekämpfung von Diskriminierung und die überarbeitete Richtlinie über die Einsetzung eines europäischen Betriebsrates betont.

03. September

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament nimmt einen Vorschlag der Kommission an, der eine weitere Entwicklung von Wasserstofffahrzeugen vorsieht. Dennoch betont das Parlament die Notwendigkeit weiterer Wasserstofftankstellen in Europa.

Erweiterung und Nachbarn: Das Europäische Parlament nimmt eine Resolution zur Vorgehensweise Russlands in Georgien an. Demnach wird das Verhalten Russlands kritisiert und ein unverzüglicher Abzug russischer Truppen aus Georgien gefordert.

Umwelt: Die Kommission veröffentlicht eine Strategie zu koordinierter Meeresforschung. Ziel ist eine Vereinbarung maritimer Wirtschaftstätigkeiten mit dem Schutz maritimer Ökosysteme.

04. September

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission veranlasst einen öffentlichen Meinungs austausch zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologien. Dabei soll im Austausch mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik eine EU-Agenda entwickelt werden.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlamentes nimmt ein Paket zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Verhinderung von Katastrophen wie dem Sinken der beiden Öltanker Erika und Prestige an.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission erlaubt Banken ihre Gebühren für Finanzdienstleistungen kurzzeitig zu erhöhen. Ziel ist es Anreize für die Entwicklung eines einheitlichen Euro-Zahlungsraumes zu schaffen und damit grenzüberschreitende Zahlungen so einfach wie inländische Zahlungen zu machen.

08. September

Sport: Die Kommission unterzeichnet gemeinsam mit dem Europäischen Paralympischen Komitee (EPC) eine Erklärung zur Stärkung des Paralympischen Komitees und erkennt damit die Rolle des Sports bei der Integration von Behinderten an.

Energieversorgung: Die EU Kommission und die Afrikanische Union vereinbaren eine Energiepartnerschaft, die zur Stromversorgung Afrikas und der Entwicklung erneuerbarer Energien beitragen soll.

08. – 09. September

Gesundheit: Der Rat der Gesundheitsminister betont bei einem informellen Treffen die Notwendigkeit besserer Abstimmung bei der Reaktion auf Krisensituationen. Insbesondere wird diskutiert, wie die Kommunikation bei Reisebestimmungen sowie der Verwendung und Lagerung von Medikamenten beim akuten Ausbruch einer ansteckenden Krankheit verbessert werden kann.

09. September

Erweiterung und Nachbarn: Serbien ratifiziert ein EU-Assoziierungsabkommen, das Reisemöglichkeiten innerhalb der EU erleichtert und engere Handelsbeziehungen mit der EU vorsieht.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlamentes spricht sich für einen Richtlinienentwurf der Kommission aus, der es erleichtern soll Bußgelder gegen Autofahrer zu verhängen, die Verkehrsvergehen in anderen EU-Ländern begehen.

Erweiterung und Nachbarn: Auf dem EU-Ukraine Gipfel befürworten Staats- und Regierungschefs den möglichen EU-Beitritt der Ukraine, um der pro-westlichen Regierung entgegenzukommen und eine Radikalisierung nach der Georgien-Krise zu vermeiden.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Verkehrskommissar Antonio Tajani informiert den Verkehrsausschuss des Parlamentes über seine Pläne die Flugsicherheit in Europa durch verstärkte Kontrollen europäischer Fluggesellschaften sicherzustellen.

11. September

Verkehr und Dienstleistungen: Der Industrie- und Energieausschuss des Europäischen Parlamentes sprach sich in einer Erklärung dafür aus den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 um 10% zu steigern. Dennoch positionierte er sich gegen die Förderung von landwirtschaftlich gewonnenen Biokraftstoffen.

Energieversorgung: Der Industriausschuss des Parlamentes stimmt für einen Gesetzesentwurf zur Investition in erneuerbare Energien.

Finanzdienstleistungen: Bei einem informellen Treffen in Nizza diskutieren Finanz- und Wirtschaftsminister der EU Antworten auf die Kreditkrise und beschließen die Kontrollen für den Banken- und Finanzsektor zu verschärfen.

Vertrag und Institutionen der EU: Der Parlamentsausschuss für konstitutionelle Fragen legt einen Vorschlag zur offiziellen Regelung für die Nutzung der europäischen Flagge und Hymne vor. Beispielsweise soll die Hymne vor jeder Eröffnung des Parlamentes gespielt werden.

Klimawandel: Der Ausschuss für Industrie und Energie des Europäischen Parlamentes fordert ein strengeres EU-System für Emissionshandel, das unter anderem die kostenlose Ausgabe von Emissionszertifikaten bis 2012 verbietet.

13. – 14. September

Wirtschaft: Der Rat der Finanzminister beschließt eine Stärkung der Rolle der Europäischen Investitionsbank bei der Unterstützung kleiner Unternehmen und bei der Koordinierung der Finanzierung von Projekten im Energiebereich.

15. September

Innovation: Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (ETI), das die Forschung und Innovation in Europa vorantreiben soll nimmt mit einer Sitzung der Mitglieder des Verwaltungsrates seine Tätigkeit auf.

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der EU-Außenminister bespricht bei einem Treffen Details zur Vorgehensweise in Georgien. Bis zum 01.10.2008 soll ein Beobachter zur Überwachung des Waffenstillstandes entsandt werden und ein französischer Diplomat wird in das Amt des EU- Sonderbeauftragten für Georgien gewählt.

17. September

Umwelt: Die Kommission kündigt an die EU-Fischereipolitik bis 2012 zu verändern. Umweltgruppen fordern drastische Umgestaltungen.

EU-Wahlen: Das Europäische Parlament nimmt den Online-Fernsehsender EuroparTV in Betrieb, der Bürgern den Zugang zu und das Interesse an europäischer Politik erleichtern soll. Ziel ist insbesondere die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen zu erhöhen.

Energieversorgung: Die Kommission betont die europäische Energieversorgung breiter fächern zu wollen und spricht sich in diesem Zusammenhang für die finanzielle und politische Unterstützung eines Pipeline-Projektes durch die nigerianische Sahara nach Europa aus.

18. September

Infogesellschaft: Die Kommission veröffentlicht Vorschläge zur Entwicklung einer neuen Generation der Internetdienstleistungen, die Europa wettbewerbsfähiger machen würden. Insgesamt 20 Milliarden sollen innerhalb der nächsten 3 Jahre investiert werden.

22. September

Finanzdienstleistungen: Die Europäische Zentralbank zahlt 40 Milliarden Dollar in die Europäischen Märkte, um den Spannungen entgegen zu kommen.

23. September

Justiz und Inneres: Das Parlament nimmt einen Gesetzesentwurf zur Terrorismusbekämpfung an. Demnach sind terroristische Ausbildung und die öffentliche Anstiftung zu terroristischen Taten illegal.

Infogesellschaft: Die Kommission veröffentlicht einen Teil der überarbeiteten Roaming- Verordnung, wonach Preisobergrenzen und andere regulierende Maßnahmen beim Gebrauch von Mobiltelefonen im Ausland eingeführt werden sollen.

24. September

Prioritäten der EU: Die Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm für 2009 im Parlament vor. Es umfasst die Themen Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel und nachhaltige Energien, gemeinsame Einwanderungspolitik, die prioritäre Stellung der Bürger und die internationalen Beziehungen Europas. Die Meinungen im Parlament dazu sind gespalten.

EU-Wahlen: Im EU Parlament gründet sich die neue spanische Partei Centro Democrático Liberal (CDL), die sich eigene Parlamentssitze nach der Wahl erhofft.

Infogesellschaft: Das Parlament stimmt für eine umfangreiche Überarbeitung der Regelungen für die Internet- und Telekommunikationsbranche, mit dem Ziel den Wettbewerb zu verstärken.

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission verabschiedet eine Richtlinie, wonach alle Neuwagen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit über energieeffizientes Tagfahrlicht verfügen müssen.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission legt dem Rat und dem Parlament eine Mitteilung vor, worin die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit bei der Festlegung der Prioritäten bei wissenschaftlichen Projekten und der Forschungspolitik betont wird, um ein einheitliches EU-Rahmenwerk zu schaffen, an dem sich Drittstaaten wissenschaftlich beteiligen können.

25. September

Umwelt: Der Ministerrat spricht sich für eine Verordnung zum Verbot von Quecksilberimporten aus, um durch das Schwermetall verursachte Emissionen zu verhindern.

26. September

Innovation: Der Ministerrat für Weltraumpolitik nimmt eine Resolution an, welche die Sicherstellung der politischen und technologischen Unabhängigkeit Europas im Weltraum garantieren soll und Europa zu einer führenden Kraft im Weltraum machen soll.

Energieeffizienz: Die Kommission veröffentlicht eine Verordnung zur Beleuchtung von Büros, in der Industrie und Straßenbeleuchtung sowie zu Set-Top-Boxen und der Umwandlung von digitalen in analoge Fernsehsignale. Ein Sonderausschuss nationaler Experten stimmt dieser Verordnung zu.

29. September

Umwelt: Der Ministerrat für Umwelt fordert die Kommission auf eine umfassende Reform der europäischen Fischereipolitik zu entwickeln.

29. – 30. September

Wissenschaft und Forschung: Auf der dritten Europäischen Konferenz zur Sicherheitsforschung in Paris werden Bürgern konkrete Pläne zur Sicherheitsforschung vorgestellt.

Oktober

01. Oktober

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der Verteidigungsminister trifft sich in Deauville (Frankreich), um die Beobachtermission in Georgien und Friedensmissionen in Afrika zu besprechen.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission stimmt einem Rettungsplan für die britische Hypothekenbank Bradford & Bingley zu und fordert eine weiterhin strukturelle europäische Antwort auf die internationale Finanzkrise.

02. – 03. Oktober

Wissenschaft und Forschung: Beim zweiten jährlichen Nanotechnologieworkshop äußert die Kommission ihre Zuversicht, dass bestehende EU-Regelungen auf diesen neuen Sektor angewendet werden können.

03. Oktober

Soziales Europa: Die Kommission legt ein Paket zur besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Frauen vor. Dies beinhaltet unter anderem Vorschläge zur Verbesserung der Situation von selbstständig Beschäftigten und Schwangeren.

04. Oktober

Finanzdienstleistungen: Die Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien treffen sich in Paris um die Rettung von Banken in Europa zu besprechen. Ergebnis ist die Forderung nach engerer Zusammenarbeit, jedoch keine konkrete Antwort auf die Krise.

06. Oktober

Finanzdienstleistungen: Die Finanzminister der 15 Eurozone-Länder einigen sich auf Leitlinien zur Subvention von in Bedrängnis geratenen Banken.

Prioritäten der EU: Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner stellt ein Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt in Europa vor. Ziel ist es international wettbewerbsfähige und nachhaltige Städte zu schaffen.

07. Oktober

Soziales Europa: Der Beschäftigungsausschuss des Parlamentes stimmt für eine Richtlinie, wonach Zeitarbeitern vom ersten Tag an dieselben Rechte bezüglich Bezahlung und Arbeitsstunden wie regulären Angestellten gewährt werden.

Umwelt: Der Unterausschuss des Parlamentes stimmt für Berichte der Kommission zum Emissionshandel, zur Aufteilung der Bemühungen zur Treibhausgasreduktion und zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Der Landwirtschaftsausschuss des Parlamentes weißt auf die unterschiedliche Situation der europäischen Landwirte und auf die Krise der Rohstoffpreise hin und stellt die Forderung an die Kommission, wonach diese die Reform der Landwirtschaftspolitik noch einmal überarbeiten soll.

Finanzdienstleistungen: Der Wirtschaftsausschuss im Parlament stimmt für einen Gesetzesentwurf, wonach die Versicherungslandschaft in Europa überprüft werden soll.

Klimawandel: Der Unterausschuss des Parlamentes stimmt für einen Fonds, der den Bau von Demonstrationsprojekten für die CO₂-Abscheidung und -Speicherung unterstützen soll.

Finanzdienstleistungen: Die EU-Finanzminister einigen sich darauf private Spareinlagen mit einer Mindestsicherungssumme von 50.000 Euro zu schützen.

08. Oktober

Verbraucher: Die Kommission legt einen Gesetzesvorschlag zur Erleichterung von Einkäufen sowohl im Internet als auch in Geschäften vor. Verbraucherorganisationen zeigen sich skeptisch.

Erweiterung und Nachbarn: Bei einem Ministertreffen der EU und Russland zum Thema Energie wird signalisiert, dass die gegenseitigen Beziehungen trotz der Georgien-Krise stabil geblieben sind.

Prioritäten der EU: Das Parlament erkennt die EU-Flagge, Hymne und das Motto als offizielle Symbole der EU an.

09. Oktober

Finanzdienstleistungen: Das Parlament stimmt dafür eine strengere Rechtsgrundlage für das System zur Finanzaufsicht zu schaffen.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat der Verkehrsminister stimmt für die Entwicklung einer neuen Generation des EU-Verkehrsléistsystems.

10. Oktober

Energieversorgung: Der Rat der Energieminister einigt sich auf einen Kompromiss über die Öffnung der Gas- und Elektrizitätswerke in der EU, der darauf abzielt die Dominanz großer Energieunternehmen zu verhindern.

13. Oktober

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der Außenminister beschließt das Einreiseverbot für den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und weitere Regierungsbeamte aufzuheben, kann sich jedoch nicht auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland einigen.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission stellt einen Leitfaden für staatliche Beihilfen für Finanzsituationen vor. Demnach werden nationale Einlagen von Banken für eine Periode von ein bis zwei Jahren genehmigt.

14. Oktober

Energieversorgung: Die Kommission startet eine öffentlich-private Forschungspartnerschaft, in der umweltfreundliche Wasserstoff- und Brennstoffzellen entwickelt und kommerzialisiert werden sollen.

15. Oktober

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch welches Akteure und Verbraucher animieren soll, die Effektivität von EU-Qualitätsregeln für landwirtschaftliche Produkte zu beurteilen.

15. – 16. Oktober

Finanzdienstleistungen: Der Europäische Rat kann sich beim Thema Finanzaufsicht nur auf einen kleinen Kompromiss, der eine verbesserte Koordinierung der Aufsicht auf europäischer Ebene vorsieht, einigen.

Klimawandel: Die Staats- und Regierungschefs fordern die Kommission dazu auf bis Ende 2008 Maßnahmen für Energie und Klimaschutz zu entwickeln.

17. Oktober

Umwelt: EU-Umweltkommissar Stavros Dimas stellt ein Paket zur Wald- und Entwaldungsfrage vor, das unter anderem Regelungen zur Verhinderung des illegalen Holzschlages enthält. Die Kommission unterstützt den Vorschlag und fordert eine internationale Vereinbarung zu diesem Thema.

Energieeffizienz: Die Kommission beschließt einen einheitlichen Standard bei den Vorschriften zur Energieeinsparung bei Ladegeräten von elektronischen Geräten wie Mobiltelefonen und Laptops.

20. Oktober

Umwelt: Der Rat der Umweltminister einigt sich auf eine häufigere Überprüfung der langfristigen Umweltverträglichkeit gentechnisch veränderter Organismen und stimmt einer Rahmenrichtlinie zu, wonach die Verbrennung von Abfällen zur Energiegewinnung als Teil einer fünfstufigen Abfallhierarchie hervorgeht.

Klimawandel: Die Umweltminister der EU fordern von Schwellenländern wie China und Indien einen „angemessenen Beitrag“ zur Minderung der CO₂-Emissionen.

21. Oktober

Bildung: Das Parlament stimmt für die Erhöhung des Budgets für das Programm Erasmus-Mundus um das Vierfache. Ziel des Programms ist die Anwerbung akademisch qualifizierter Studenten und Professoren aus Ländern außerhalb der EU.

22. Oktober

Handel und Industrie: Das Parlament bestätigt Catherine Ashton als neue EU-Handelskommissarin.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt für einen Vorschlag der Kommission, der versucht öffentliche Behörden zu animieren, ökologische Kriterien zum Energieverbrauch und der Höhe der CO₂-Emissionen beim Kauf neuer Fahrzeuge einzuführen.

Infogesellschaft: Das Parlament stimmt für ein Programm, dass das Internet für Kinder sicher machen soll.

Soziales Europa: Das Parlament stimmt einem Gesetz zu, welches Zeitarbeitern dieselben Rechte wie regulären Arbeitnehmern gewährt.

November

03. November

Wirtschaft und Euro: Die Kommission veröffentlicht eine Herbstprognose zur europäischen Wirtschaft. Demnach stünde einigen Ländern der EU eine Rezession bevor, da die Wirtschaftskrise erhebliche Auswirkungen auf ihre ökonomische Lage hat.

Umwelt: Die Kommission eröffnet einen Konsultationsprozess über die künftige EU-Strategie für den Ostseeraum, welche Probleme der Umweltverschmutzung, des zunehmenden Schiffverkehrs und wichtiger Infrastrukturen thematisieren soll.

04. November

Migration und Mobilität: Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlamentes stimmt einem Blue-Card-System für hochqualifizierte Migranten zu.

05. November

Außenbeziehungen: Kommissionspräsident José Manuel Barroso und andere führende EU-Politiker gratulieren dem neu gewählten Präsidenten Barack Obama zu seiner Wahl und kündigen an gemeinsame Schritte der EU und der USA zur Bewältigung der Finanzkrise und zur Klärung außenpolitischer Fragen einzuleiten.

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der europäischen Außenminister beschließt, dass der künftige Sitz der Mittelmeer-Union in Barcelona sein wird.

Nachhaltige Entwicklung: Der Umweltausschuss des Parlamentes stimmt für ein Verbot von Pestiziden, die der menschlichen Gesundheit schaden.

Soziales Europa: Der Beschäftigungsausschuss des Parlamentes beschließt Ausnahmen von der vereinbarten 48-Stunden Woche zu verbieten.

10. November

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der EU-Außenminister beschließt erneute Verhandlungen über einen neuen Grundlagenvertrag zwischen der EU und Russland zu beginnen.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission beschließt die Abschaffung der Vermarktungsnormen von Obst und Gemüse.

13. November

Energieversorgung: Die Kommission legt einen Aktionsplan für Versorgungssicherheit vor. Demnach werden die Netto-Importe fossiler Brennstoffe wohl bei vollständiger Umsetzung der EU-Klimapolitik bis 2020 auf dem bisherigen Niveau bleiben.

14. November

Erweiterung und Nachbarn: Bei einem Gipfeltreffen beschließen die EU und Russland ihre Gespräche über ein neues Partnerschaftsabkommen wieder aufzunehmen und dabei einen gemeinsamen Sicherheitspakt mit den USA zu schaffen.

15. – 16. November

Wirtschaft: Auf dem G20 Gipfel beschließen die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsmächte einen Fünf-Punkte-Plan zur Reform der weltweiten Finanzmärkte, um einer umfassenden Rezession zuvorzukommen.

18. November

Soziales Europa: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht wonach sich der Zuzug von Arbeitnehmern positiv auf die Wirtschaft der Empfängerländer auswirkt.

19. November

Gesundheit: Der Rat der Landwirtschaftsminister trifft die Vereinbarung, dass Schulen in ganz Europa Obst und Gemüse bereitstellen sollen, um gesunde Ernährung bei Kindern zu fördern.

Landwirtschaft: Die EU-Landwirtschaftsminister einigen sich darauf Gelder für die Entwicklung des ländlichen Raumes umzuschichten und den Milchmarkt langsam zu liberalisieren.

20. November

Soziales Europa: Das Parlament stimmt dem Blue Card-System für hoch qualifizierte ausländische Arbeitnehmer zu.

24. November

Soziales Europa: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht zur demographischen Entwicklung in Europa. Demnach ist insbesondere die Zahl der Menschen, die mit über 60 noch arbeiten seit dem Jahr 2000 deutlich angestiegen.

26. November

Wirtschaft: Die Kommission stellt einen Bericht vor, der es den Mitgliedstaaten erlaubt aufgrund der Wirtschaftskrise zeitweise von den EU-Regelungen zum Haushaltsdefizit abzuweichen. Weiterhin plant sie das Hochgeschwindigkeitsinternet anzukurbeln und gewährt Ausnahmeregelungen für staatliche Beihilfen zur Automobilindustrie.

27. November

Wissenschaft und Forschung: Das Parlament stimmt für das Verbot der Entwicklung von Stammzellenkulturen durch die Zerstörung menschlicher Embryonen.

Erweiterung und Nachbarn: Das Parlament veröffentlicht den dritten Fortschrittsbericht über die Verhandlungen mit der Türkei und warnt vor einer Verlangsamung des Reformprozesses.

28. November

Gesundheit: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, der aussagt, dass der Wettbewerb im Pharmasektor nur bedingt gewährleistet ist. Pharmahersteller reagieren sofort und weisen dies zurück.

Dezember

01. Dezember

Innovation: Der Rat der Industrieminister stimmt für den Small-Business-Act, der gemeinsam mit einem Aktionsplan zur Abmilderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise beitragen soll.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Ministerrat und das Parlament erzielen einen Kompromiss über den CO₂-Ausstoß bei Neuwagen, der leicht vom ursprünglichen Kommissionsvorschlag abweicht.

02. Dezember

Finanzdienstleistungen: Der Rat der Finanzminister stimmt für die Einführung eines Passes für Anbieter von Investitionsfonds. Ziel ist die Förderung des Bürokratieabbaus.

Wissenschaft und Forschung: Der Rat der EU-Forschungsminister präsentiert seine Vorschläge zur Einrichtung eines grenzüberschreitenden europäischen Forschungsraumes bis 2020, welcher die Wettbewerbsfähigkeit der EU fördern soll.

03. Dezember

Verkehr und Dienstleistungen: Vertreter der Kommission, des Ministerrates und des Parlamentes schließen ein Abkommen über den Anteil erneuerbarer Energien im europäischen Kraftstoffverbrauch. Demnach müssen sich 10% aller verwendeten Kraftstoffe aus Biokraftstoffen, Wasserstoff oder ökologisch erzeugtem Strom zusammensetzen.

04. Dezember

Landwirtschaft und Lebensmittel: Das Parlament stimmt für den Plan Entwicklungsländern Lebensmittelhilfe in Höhe von einer Milliarde Euro zu gewähren, um dort so eine Krise durch steigende Lebensmittelpreise zu verhindern.

09. Dezember

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat der Verkehrsminister stimmt für das neue Flugverkehrsmanagementsystem in Europa. Ziel sind kürzere Flugzeiten und geringere CO₂-Emissionen.

10. Dezember

Gesundheit: Die Kommission präsentiert einen Gesetzesentwurf für Arzneimittel, der zum Ziel hat die medizinischen Informationen für Patienten zu verbessern und die Verbreitung gefälschter Arzneimittel zu verhindern.

11. – 12. Dezember

Klimaschutz: Die Staats- und Regierungschefs erzielen einen Kompromiss wonach europäische Unternehmen, die einen hohen CO₂-Ausstoß verursachen, mehr kostenlose CO₂-Emissionsrechte erhalten sollen.

Vertrag und Institutionen der EU: Die Staats- und Regierungschefs geben einigen Forderungen Irlands bezüglich des Vertrages von Lissabon nach. Demnach dürfen alle Länder ihren EU-Kommissar behalten. Zudem werden Irland rechtliche Garantien bei der Steuerpolitik, in sozialen und ethischen Fragen sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugesichert. Die Änderungen werden 2010 oder 2011 zusammen mit dem Vertrag über den Beitritt Kroatiens aufgenommen.

Energieversorgung: Der Europäische Rat stimmt für die Förderung von Technologien, die CO₂ abspalten und unterirdisch speichern.

Innovation: Die Staats- und Regierungschefs beschließen das allgemeine Konjunkturprogramm, wonach u.a. kleinere und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen.

Klimawandel: Der Europäische Rat einigt sich auf das Klima- und Energiepaket, welches abgesehen von dem Ziel die Emissionen um 20% zu senken eine Reihe an Ausnahmeregelungen beinhaltet. Ziel der Regelungen ist es Kosten und Risiken zu senken.

15. Dezember

Soziales Europa: Die Kommission gewährt den entlassenen, italienischen Textilarbeitern 35,16 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF).

16. Dezember

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission entwirft eine Richtlinie zur Verbreitung von IKT-Lösungen in europäischen Verkehrssystemen, um diese sicherer, umweltfreundlicher und effizienter zu machen.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament nimmt die Euro VI-Verordnung an, welche strengere Grenzwerte für die Luftverschmutzung durch LKWs und Busse in Europa enthält.

17. Dezember

Klimawandel: Das Europäische Parlament stimmt für das Klimaschutzpaket des Europäischen Rates.

Soziales Europa: Das Parlament nimmt einen Vorschlag an, der vorsieht nationale Ausnahmeregelungen bei der Arbeitszeitrichtlinie zu verbieten und eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche enthält.

Verbraucher: Das Parlament nimmt einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Sicherheit von Kinderspielzeug in der EU an.

18. Dezember

Finanzdienstleistungen: Das Parlament stimmt für die Erhöhung der Einlagensicherung bei Banken in Europa auf 100 000 Euro ab 2010. Die Garantie soll auch auf KMU und lokale Behörden ausgeweitet werden.

Umwelt: Das Parlament und nationale Verhandlungsführer erzielen einen Kompromiss über das Pesticid-Paket und legen fest welche Substanzen wegen eines Risikos für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verboten werden sollen.

2009

Januar

01. Januar

Wirtschaft und Euro: Zum zehnten Geburtstag des Euro tritt die Slowakei der Eurozone bei.
Ratspräsidentschaft: Tschechien übernimmt die Ratspräsidentschaft der EU.

06. Januar

Prioritäten der EU und öffentliche Meinung: Die tschechische Ratspräsidentschaft stellt seine Prioritäten vor, wobei das Thema Energie ganz oben steht, vor Wirtschaft und Außenbeziehungen.

13. Januar

Soziales Europa: Das Parlament stimmt für einen Bericht, der einen strukturierten Dialog zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern fordert.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament spricht sich für die Überarbeitung der EU-Regelungen auf dem OGAW-Markt aus. Dabei handelt es sich um Investitionsfonds in Verbindung mit Sicherheiten.

Umwelt: Das Parlament stimmt für die Einschränkung der Verwendung von Pestiziden.

14. Januar

Handel und Industrie: Die Abgeordneten stimmen für ein Gesetz, welches die Berücksichtigung von Lieferanten aus ganz Europa bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern zulassen soll.

16. Januar

Verkehr und Dienstleistungen: Die Industrieminister der EU erzielen den Kompromiss sich bei nationalen Maßnahmen zur Rettung der angeschlagenen Automobilbranche abzusprechen.

19. Januar

Wirtschaft und Euro: Die Kommission korrigiert ihre Wirtschaftsprognose für 2009 und sagt nun eine lang anhaltende Rezession vorher.

20. Januar

Innovation: Der Rechtsausschuss des Parlaments stimmt für eine Erleichterung der Gründung und Führung grenzüberschreitender Unternehmen.

21. Januar

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament legt einen Entwurf für einen Aktionsplan zur städtischen Mobilität mit Maßnahmen zur attraktiveren Gestaltung des Verkehrswesens in Europa vor.

22. Januar

Umwelt: Der Umweltausschuss des Parlamentes stimmt für einen Gesetzesentwurf der Kommission, wonach die Richtlinie zur Regelung der industriebedingten Umweltverschmutzung überarbeitet werden soll. Insbesondere sollen EU-weite Emissionsgrenzen geschaffen werden.

28. Januar

Klimawandel: Die Kommission legt Ideen für ein globales Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll vor. Dabei fordert sie insbesondere Schwellenländer zur Reduzierung von Treibhausgasen auf.

30. Januar

Außenpolitik: Bei einem Treffen des chinesischen Premiers Wen Jiabao und des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso bekunden diese die Notwendigkeit ihre Beziehungen aufzubessern und die globale Finanzkrise gemeinsam zu lösen.

Februar

01. Februar

Verkehr und Dienstleistungen: Die Richtlinie, die den Flugverkehr mit in das Emissionshandelssystem einbezieht tritt in Kraft.

Sport: Die Kommission nimmt regelmäßig stattfindende Gespräche mit der olympischen Bewegung auf und führt somit den allgemeinen strukturierten Dialog mit der Sportwelt fort.

03. Februar

Energieversorgung: Das Parlament stimmt einem Vorschlag der Kommission über zukünftige Energiepolitik zu. Demnach sollen konkretere Ziele für den Klimawandel und erneuerbare Energien verwirklicht werden.

04. Februar

Klimawandel: Das Parlament stimmt einen detaillierten Entwurf zu einer zukünftig besser koordinierten Klimapolitik, welche vorsieht die Treibhausgasemissionen drastischer zu senken und obligatorische Energiesparziele zu entwerfen.

06. Februar

Wirtschaft und Euro: Neun Mitglieder der Kommission und Vertreter Russlands verhandeln in Moskau über die sich verschlimmernde Rezession.

11. Februar

Verkehr und Dienstleistungen: der Verkehrsausschuss des Parlamentes stimmt für einen Bericht, der nationalen Regierungen erlaubt, Gebühren für LKWs zu erheben, welche Verschmutzung und Stau verursachen.

Erweiterung und Nachbarn: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Parlamentes verabschiedet eine Resolution, in der er sich besorgt gegenüber dem mangelhaften Reformprozess in der Türkei zeigt.

12. Februar

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission veröffentlicht einen Fortschrittsbericht zu Rumänien und Bulgarien und kritisiert dabei insbesondere Rumänien bei der Umsetzung von EU-Standards im Bereich Justiz und Korruptionsbekämpfung.

17. Februar

Wirtschaft und Euro: Mitglieder der nationalen Parlamente versammeln sich in Brüssel und kritisieren die EU für den dürftigen Umfang ihrer Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise.

18. Februar

Energieversorgung: Die EU-Institutionen verhandeln gemeinsam über das dritte Liberalisierungspaket des Energiemarktes. Durch die Änderung der Position des Rates in Folge der tschechischen Präsidentschaft können erhebliche Fortschritte erzielt werden.

19. Februar

Energieversorgung: Der Rat der Energieminister unterstützt den Entwurf der Kommission zur Energie-sicherheit, welcher sechs Infrastrukturprojekte, Effizienzmaßnahmen, einheimische Energiequellen sowie erneuerbare Atomenergie umfasst. Ungeklärt bleibt die Finanzierung der Projekte.

22. Februar

Wirtschaft und Euro: Die Staats- und Regierungschefs der EU besprechen eine gemeinsame Position für eine globale Finanzreform im Vorfeld des G20-Gipfels. Ergebnis ist die Übereinstimmung die Überwachung der globalen Finanzmärkte sowie Hedge Fonds zu unterstützen und gegen Steuerparadiese vorzugehen.

23. Februar

Klimawandel: Die Kommission verabschiedet Entwürfe, die dazu beitragen sollen Wissen über vom Menschen verursachte und natürliche Katastrophen zu sammeln und dadurch Strategien zu finden diesen durch öffentliche Finanzierung zuvorkommen.

25. Februar

Finanzdienstleistungen: Die Kommission schlägt nationalen Regierungen vor die Kontrolle von Banken zu übernehmen, sofern diese vor dem Zusammenbruch stehen und damit die Stabilität der Wirtschaft gefährden. Des Weiteren fordert sie einen gemeinsamen, transparenten Ansatz von Banken und Regierungen zum Umgang mit faulen Krediten.

26. Februar

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat der Justiz- und Innenminister nimmt vier Gesetzesvorschläge der Kommission an, die zum dritten EU-Seesicherheitspaket gehören. Dabei geht es unter anderem um Regeln zur Schiffssicherheit, Hafenkontrolle und der Überwachung der Schifffahrt.

März

01. März

Finanzdienstleistungen: Der Europäische Rat trifft Vereinbarungen über eine anpassungsfähige Methode zum Umgang mit Not leidenden Krediten der europäischen Banken.

Prioritäten der EU: Die Staats- und Regierungschefs der EU sprechen sich gegen einen einheitlichen Rettungsplan für die Staaten Mittel- und Osteuropas aus. Jedoch soll den Ländern individuell geholfen werden.

02. März

Nachhaltige Entwicklung: Der Rat der Umweltminister spricht sich gegen den Plan der Kommission aus, wonach Österreich und Ungarn der Anbau von gentechnisch verändertem Mais erlaubt werden soll.

03. März

Soziales Europa: Die Europäische Kommission startet im Zuge des internationalen Frauentages eine Initiative zur Verbesserung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau.

Sport: Das Parlament und der Ministerrat fordern die Kommission dazu auf, den rechtlichen Status des Glücksspiels zu klären.

09. März

Klimawandel: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach sie 105 Milliarden Euro in grüne Projekte investieren wird und so die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen möchte.

10. März

Umwelt: Das Parlament nimmt einen Bericht an, wonach EU-weite Begrenzungen für Industrieemissionen geschaffen und die Vergabe von Lizenzen flexibel gestaltet werden soll.

Wirtschaft und Euro: Die Wirtschaftsminister der EU stimmen für die Senkung der Mehrwertsteuer für Dienstleistungen in der Gastronomie, bei Frisören oder für Reparaturen.

Sport: Das Parlament stimmt gegen die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für das Online-Glücksspiel und überlässt den Mitgliedstaaten damit das Recht die Liberalisierung ihres nationalen Marktes eigenverantwortlich zu regulieren.

Energieversorgung: Die Kommission lässt die Einrichtungen des französischen Stromversorgers EDF durchsuchen, da Verdacht auf Verletzung des Kartellrechtes besteht.

11. März

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament spricht sich für einen Vorschlag der Kommission aus, der es nationalen Regierungen erlaubt Gebühren auf LKWs zu erheben, die in besonderem Maße zur Umweltverschmutzung beitragen.

Public Affairs: Das Parlament beschließt die EU-Gesetzgebung der Öffentlichkeit in Zukunft zugänglicher zu machen. Eine gesetzgebende Abstimmung zu diesem Thema soll nach Verhandlungen mit den anderen EU-Institutionen stattfinden.

12. März

Infogesellschaft: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach die CO₂-Emissionen im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie bis 2015 um 20% reduziert werden sollen.

16. März

Prioritäten der EU: Die Außenminister der EU bestätigen, dass die Nabucco Gaspipeline von der Liste an Projekten gestrichen wurde, die durch den fünf Milliarden Euro teuren EU-Konjunkturplan finanziert werden sollen.

17. März

Wahlen: Das Parlament startet eine europaweite institutionelle Wahlkampagne, wodurch Europäer zur Wahl ermuntert werden sollen.

Energieeffizienz: Die Kommission verabschiedet zwei Richtlinien, welche die Energieeffizienz in Haushalten, Büroräumen sowie bei der Straßen- und Industriebeleuchtung erhöhen sollen.

19. – 20. März

Wirtschaft und Euro: Der Europäische Rat erklärt sich einverstanden mit der Idee einige der europäischen Posten beim Internationalen Währungsfonds gegen eine höhere Beitragszahlung von Schwellenländern einzutauschen. Ziel ist es durch eine Verdoppelung der Ressourcen des IWF der globalen Finanzkrise entgegenzukommen.

Soziales Europa: Die Staats- und Regierungschefs legen den Schwerpunkt europäischer Politik auf die Erholung der Konjunktur und auf Ausgaben im sozialen Bereich.

Prioritäten der EU: Der Europäische Rat stimmt für ein Projekt, wonach der Bau von Energieinfrastrukturen und Breitbandinternetverbindungen mit fünf Milliarden Euro unterstützt werden soll.

Prioritäten der EU: Die Staats- und Regierungschefs verabschieden ein fünfzig Milliarden umfassendes Rettungspaket für Staaten, die nicht Teil der Eurozone sind.

Finanzdienstleistungen: Der Europäische Rat beschließt eine gemeinsame Strategie beim G20-Gipfel, wonach striktere Regeln für die globalen Finanzmärkte und Steuerparadiese eingeführt werden sollen.

20. März

Vertrag und Institutionen der EU: Das Parlament verabschiedet Reformen zur Optimierung der Ausschüsse, die nach der Europawahl in Kraft treten sollen.

23. März

Energieversorgung: Das Parlament und der tschechische EU-Ratsvorsitz kommen zu einer Übereinkunft bezüglich des dritten Energiepaketes. Ziel es ist die Verbraucher durch eine vollständige Eigentumsentflechtung zu stärken.

24. März

Finanzdienstleistungen: Der Wirtschaftsausschuss des Parlamentes, der Ministerrat und die Kommission beginnen Verhandlungen über eine gesetzliche Registrierung und Überwachung von Ratingagenturen.

Wissenschaft und Forschung: Das Parlament spricht sich für die aktualisierte Fassung der Richtlinien zu Kosmetika aus, welche die Fortschritte der Nanotechnologie mit einbeziehen soll.

Infogesellschaft: Das Parlament und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft einigen sich auf eine Vereinbarung zur neuen Roaming-Richtlinie. Ziel der Richtlinie ist es die Kosten für den Verbraucher zu senken und somit den Markt für grenzüberschreitende Telekommunikation zu öffnen.

25. März

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament verabschiedet das „Single-Sky II“ Abkommen, welches preiswertere Flugtickets, kürzere Flugzeiten, weniger Luftverschmutzung und die Aufhebung der Grenzen im Luftraum vorsieht.

Energieeffizienz: Vertreter der Mitgliedstaaten und des Parlamentes vereinbaren eine Erweiterung der Richtlinien zur Energieeffizienz. Dabei sollen Mindeststandards für die Effizienz von elektronischen Geräten festgesetzt werden und Produkte genannt werden, die den Energieverbrauch senken.

30. März

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat stimmt dem „Single European Sky“ Abkommen zu und macht damit den Weg für konkrete Verhandlungen frei.

31. März

Energieeffizienz: Der Ausschuss für Industrie des Europäischen Parlamentes stimmt für einen Antrag der Kommission, wonach alle neuen Häuser in Europa bis 2019 ihre eigenen erneuerbaren Energien erzeugen sollen und dies öffentlich finanziert werden soll.

Wissenschaft und Forschung: Der Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes nimmt einen Bericht an der die stärkere Kontrolle von Nanotechnologie vorsieht.

April

02. April

Umwelt: Das Parlament stimmt für eine Vereinbarung, welche die Kennzeichnung neuer Produkte mit dem Umweltzeichen der EU vorsieht.

Energieeffizienz: Das Parlament stimmt für Maßnahmen, welche die gemeinsame Kofinanzierung von Energieeffizienz und von Energieprogrammen bei Häusern erweitern sollen.

14. April

Infogesellschaft: Die Kommission eröffnet ein Rechtswidrigkeitsverfahren gegen Großbritannien wegen verhaltensbezogener Onlinewerbung, die Datenschutzprobleme aufwirft.

15. April

Sprachen und Kultur: Die Kommission startet den neuen Fernsehkanal, der ihre Nachbarschaftspolitik insbesondere im Mittelmeerraum hervorheben soll.

Finanzdienstleistungen: Repräsentanten des Parlamentes, der Mitgliedstaaten und der Kommission verabschieden ein Abkommen mit Regeln zur schärferen Kontrolle von Kreditratingagenturen.

16. April

Energieversorgung: Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft sowie Vertreter des Parlamentes und der Mitgliedstaaten treffen ein Übereinkommen bei der Verteilung der Gelder des fünf Milliarden Euro Rettungsplanes und legen fest, dass dieser auch Gelder für wichtige Energieprojekte in Europa enthalten muss.

20. April

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission startet Kartelluntersuchungen gegen Fluggesellschaften in den Star und Oneworld Alliances, aufgrund der Annahme, dass transatlantische Routen gegen EU-Recht verstoßen.

21. April

Energieeffizienz: Der Industriausschuss des Parlamentes stimmt gegen zwei Resolutionsentwürfe, welche die Einführung der EU-Umweltzeichen vorsehen.

22. April

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament unterstützt den Vorschlag, dass Reifenhersteller in der EU ab 2012 den Benzinverbrauch ihrer Reifen und den Halt auf nasser Fahrbahn kennzeichnen müssen.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament stimmt für Regelungen zur Minderung der Risiken im Versicherungssektor.

Energieversorgung: Das Parlament stimmt für eine Vereinbarung, wonach die macht der Energiegiganten in Europa beschränkt werden soll.

Infogesellschaft: Das Parlament spricht sich für die Senkung der Kosten bei der Nutzung des Mobiltelefons oder der Benutzung des Internets mit einem Laptop um bis zu 60% aus.

Umwelt: Das Parlament stimmt für striktere Regeln beim Verkauf von Bauholz, die unter anderem Sanktionen beinhalten. Ziel ist die Verhinderung der illegalen Abholzung.

23. April

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament entscheidet Fluglinien ihre wichtigen Landezeitfenster zu lassen, auch wenn sie nicht voll ausgenutzt werden. Damit soll die Rezession in der Luftfahrtindustrie eingedämmt werden.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament verabschiedet das Gesetz zur Überwachung von Ratingagenturen.

Gesundheit und Lebensstil: Das Parlament verabschiedet eine Richtlinie, die eine bessere Gesundheitsvorsorge für Europäer im Ausland vorsieht.

24. April

Finanzdienstleistungen: Das Parlament stimmt für die Reformierung der Regeln für elektronisches Geld in Europa, um die Verwendung elektronischen Geldes zu steigern.

Energieeffizienz: Das Parlament stimmt der Erweiterung der Öko-Design Richtlinie zu. Ziel ist es Produkte mit abzudecken, die Auswirkungen auf den Energiekonsum haben.

27. April

Soziales Europa: Vertreter des Parlamentes und der Mitgliedstaaten schaffen es nach langen Verhandlungen nicht einen Kompromiss zur Arbeitszeitrichtlinie zu finden.

Innovation und Kreativität: Das Parlament stimmt für die Verlängerung des Copyrightschutzes von Musikern von 50 auf 70 Jahre.

28. April

Erweiterung und Nachbarn: Albanien bewirbt sich offiziell um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

29. April

Infogesellschaft: Der Industriausschuss des Parlamentes und Vertreter nationaler Regierungen einigen sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Internetpiraterie.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission legt Ideen für Hedgefonds und Private-Equity Firmen vor, wodurch der Zugang zu europäischen Märkten erleichtert werden soll.

Prioritäten der EU: Die Kommission schlägt ein höheres Budget für 2010 vor, mit dem Ziel die Krise zu überwinden.

Mai

05. Mai

Energieeffizienz: Das Parlament lehnt eine Erweiterung des EU-Energieeffizienzzeichens auf alle Produkte, die Auswirkungen auf die Energienutzung haben, ab.

Umwelt: Das Parlament stimmt für eine Richtlinie, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet werden Strafen gegen maritime Umweltsünder zu erheben, egal ob Fahrlässigkeit vorliegt oder nicht.

06. Mai

Finanzdienstleistungen: Das Parlament spricht sich für strengere Regeln beim Bankkapital aus. Ziel ist eine Verbesserung des Vertrauens im Markt.

Infogesellschaft: Das Parlament stimmt gegen eine Reform der EU- Telekomregeln und lehnt damit einen zuvor getroffenen Kompromiss mit den Mitgliedstaaten über den Schutz der Rechte von Internetnutzern ab.

Energieversorgung: Das Parlament trifft einen Kompromiss mit dem Rat, wonach 3,98 Milliarden Euro in die Erneuerung der Stromnetze, die Förderung sauberer Kohle und die Installation von Offshore Windanlagen investiert werden sollen.

07. Mai

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament beschließt den Vorschlag den Fluggesellschaften weiterhin ihre wichtigen Landingslots zu erhalten. Ziel ist es den von der Krise betroffenen Fluggesellschaften aus der Rezession zu helfen.

Infogesellschaft: Die Kommission gibt eine Empfehlung zu Vermittlungsgebühren von Mobiltelefonen heraus. Damit setzt sie auch den Endtermin für die Senkung der Abgaben innerhalb der EU auf Ende 2012 herab, mit dem Ziel die Preise für die Verbraucher zu senken.

Erweiterung und Nachbarn: Die EU startet die Umsetzung eines Planes zur Herstellung engerer Beziehungen zu sechs ehemaligen Sowjetrepubliken.

Soziales Europa: Die Troika der tschechischen, schwedischen und spanischen Ratspräsidentenschaft arbeitet bei einem Gipfel zur Beschäftigung zehn Maßnahmen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit aus. Ziel ist es der zunehmenden sozialen Unsicherheit zuvorzukommen.

08. Mai

Energieversorgung: Vertreter der EU, Aserbaidshans, der Türkei und Georgiens unterzeichnen ein Abkommen, welches die erhöhte europäische Erdgasversorgung aus der kaspischen Region vorsieht. Ziel ist die zunehmende Unabhängigkeit von Russland.

13. Mai

Infogesellschaft: Die Kommission erhebt die höchste Strafe aller Zeiten gegen Intel unter dem Vorwurf der Chiphersteller würde seine Monopolstellung missbrauchen, um seinen Konkurrenten AMD zu ruinieren.

18. Mai

Gesundheit: Die Kommission vereinbart mit der Pharmaindustrie ein 246 Millionen umfassendes Programm, mit dem Ziel innovative Medikamente zu entwickeln und diese schneller auf den Markt zu bringen.

19. Mai

Infogesellschaft: Die Kommission eröffnet eine Konsultation über mögliche neue Richtlinien zur öffentlichen Finanzierung von Breitbandnetzwerken.

20. Mai

Außenpolitik: Europäische und chinesische Politiker verhandeln bei einem Gipfeltreffen über Protektionismus und das klaffende Handelsdefizit.

27. Mai

Finanzdienstleistungen: Die Kommission nimmt einen Plan zur Überarbeitung der Finanzaufsicht der EU an. Darin sollen die Ideen des De Larosière Berichtes umgesetzt werden, welcher Anfang des Jahres veröffentlicht wurde.

28. Mai

Industriepolitik: Der Rat der Industrieminister beschließt alle EU-Gesetze daraufhin zu untersuchen, ob die Hindernisse für KMU darstellen.

Klimawandel: Die EU und Norwegen investieren mindestens 140 Millionen Euro in europäische CCS-Projekte und erforschen die Möglichkeit CO₂ in der Nordsee zu speichern. Damit verstärken sie weiterhin ihre Zusammenarbeit beim Thema Klimawandel.

Nachhaltige Entwicklung: Der Rat der Industrieminister spricht sich für einen Plan aus, welcher der Industrie einen besseren Zugang zu Rohmaterialien gewähren kann.

Juni

02. Juni

EU-Wahlen: Die Kommission entscheidet Polen ein Rettungspaket für die historische Werft in Danzig zu gewähren und unterstützt damit die EU-freundliche mitte-rechts Regierung.

Energieversorgung: Die Kommission veröffentlicht eine Studie, wonach die EU 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte durch eine bessere Politik, die die Verwendung erneuerbarer Energien unterstützt.

03. Juni

Unternehmen und Beschäftigung: Die Kommission veröffentlicht einen 19 Milliarden Euro umfassenden Plan, der Europas Beschäftigungsmarkt wieder in Schwung bringen soll.

04. Juni

EU-Wahlen: In Großbritannien und den Niederlanden beginnen offiziell die Parlamentswahlen.

07. Juni

EU-Wahlen: Die Europawahlen zeichnen einen klaren Sieg der mitte-rechtsgerichteten EVP sowie eine Niederlage der sozialdemokratischen S&D ab. Mit 265 Sitzen liegt die EVP deutlich vor der S&D, die nur 184 Sitze verzeichnen kann.

09. Juni

Klimawandel: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach fortschrittliche grüne Technologien mit der CO₂-Abscheidung und Speicherung um etwa 9 Milliarden an EU-Geldern konkurrieren könnten.

Finanzdienstleistungen: Der Rat der Finanzminister ist sich uneins über einen Vorschlag der Kommission zur europäischen Finanzaufsicht und beschließt die Übersendung eines umstrittenen Berichtes an den Europäischen Rat.

11. Juni

Infogesellschaft: Der Ministerrat beschließt weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Parlament für die Rechte von Internetnutzern zu kämpfen und initiiert eine zweite Gesprächsrunde um einen Konsens bei strittigen Themen zu finden.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Rat der Verkehrsminister stimmt für die Reformierung des Eisenbahnfrachtverkehrssektors mit dem Ziel die Umweltverschmutzung und den Straßenverkehr einzudämmen.

12. Juni

Energieversorgung: Der Rat der Energieminister stimmt für den Vorschlag der Kommission einen Öl-Mindestvorrat von 90 Tagen zu erhalten.

15. Juni

Finanzdienstleistungen: Die Kommission leitet eine Konsultation über verantwortungsvolle Kreditvergabe und -aufnahme ein, um dadurch die Risiken des Kreditmarktes zu reduzieren.

17. Juni

Energieeffizienz: Die Kommission vereinbart mit der US-Umweltschutzagentur strengere Standards beim Energieverbrauch von Computern, Kopierern und Druckern, durch das neue „Energistern“-Zeichen der EU und USA.

18. Juni

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission veröffentlicht eine Strategie zur Umsetzung eines integrierten technologiegeführten und benutzerfreundlichen Verkehrssystems nach 2010.

18. – 19. Juni

Vertrag und Institutionen der EU: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bekommt die Erlaubnis des Europäischen Rates für eine zweite fünf-jährige Amtszeit.

Finanzdienstleistungen: Der Europäische Rat nimmt einen Text an, der die Reformierung der europäischen Finanzaufsicht vorsieht.

Außenpolitik: Die Staats- und Regierungschefs verurteilen die Vorgehensweise des Iran gegen Protestanten bei der umstrittenen Wahl am 19.07.2009 und rufen Teheran zur Streitbeilegung und Wahlüberprüfung auf.

19. Juni

Soziales Europa: Der Rat der Sozialminister beschließt die Erhöhung der Elternzeit von drei auf vier Monate für alle Beschäftigten unabhängig von der Art des Arbeitsvertrages.

22. Juni

EU-Wahlen: Im Europäischen Parlament gründet sich die neue Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), die von den britischen Konservativen angeführt wird.

23. Juni

EU-Wahlen: Die beiden großen Fraktionen im Parlament EVP und S&D wählen ihre Vorsitzenden.

24. Juni

Klimawandel: Die Kommission publiziert einen Plan, wonach 60 Millionen zur CO₂-Speicherung in China und anderen Schwellenländern verwendet werden sollen.

25. Juni

Energieversorgung: Die Kommission kritisiert 25 Mitgliedstaaten, da diese die Regeln zur Verbesserung des Wettbewerbs in den Energiemärkten angeblich verletzt haben.

Umwelt: Der Rat der Umweltminister fordert eine bessere Evaluation der EU-Umweltpolitik, um einen besseren Schutz der Artenvielfalt zu gewährleisten. Zudem finden die Minister einen Konsens zur Verschärfung der Regeln beim Ausstoß von schädlichen Industrieemissionen.

26. Juni

Infogesellschaft: Die Kommission stellt Pläne zur Verwendung von kyrillischen und griechischen Buchstaben bei Webseiten unter den Domainnamen „.eu“ vor.

29. Juni

Klimawandel: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, wonach bis zu sieben Milliarden Euro zur Förderung des EU-Emissionshandelssystems durch Technologien der CO₂-Abscheidung bereit gestellt werden sollen. Bis zu fünf Milliarden Euro sollen in Projekte erneuerbarer Energien gesteckt werden.

30. Juni

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission erlaubt den Genpflanzenanbau in der EU um weitere 10 Jahre, nachdem führende Wissenschaftler die Sicherheit von genmodifizierten Pflanzen bestätigen.

Energieversorgung: Die Kommission legt eine Vorlage für nationale Regierungen vor, die mögliche Aktionspläne für den Ausbau der erneuerbaren Energien enthält und den Mitgliedstaaten vorschreibt anzugeben, wie sie vorgehen möchten.

Juli

01. Juli

Ratspräsidentschaft: Schweden übernimmt die Ratspräsidentschaft. Prioritäten sind die Umstrukturierung der Lissabon-Agenda, der Klimawandel und die CO₂-Steuer, die östliche Partnerschaft und Aufhebung von Visa-Beschränkungen, sowie die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen.

03. Juli

Finanzdienstleistungen: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht zur Verbesserung der EU-Derivatmärkte. Unter anderem wird vorgeschlagen Händlern in Europa mehr Flexibilität zuzugestehen vor dem Hintergrund des wachsenden Drucks, der durch die Finanzkrise verursacht wurde.

07. Juli

Finanzdienstleistungen: Der Rat der Finanzminister beschließt die Bankkredite bei ökonomischem Wachstum zu straffen, um die Liquidität zu fördern und Gelder im Falle einer Rezession verfügbar machen zu können.

Energieversorgung: Der Rat der Energieminister stimmt für den Bau von mehr Gas- und Elektrizitätsverbindungen durch 47 neue Projekte.

13. Juli

Energieversorgung: Die Türkei und vier Länder der EU unterzeichnen einen Vertrag über die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nabucco-Pipeline.

16. Juli

Energieversorgung: Die Kommission legt eine neue Verordnung zur Sicherheit der Gasversorgung vor. Demnach sollen die Mitgliedstaaten präventive Maßnahmen vornehmen, um Engpässe zu verhindern.

EU-Wahlen: Die Abgeordneten des Parlamentes wählen in der letzten Runde der Amtsvergabe die Vorsitzenden und Vizevorsitzenden der 12 parlamentarischen Ausschüsse.

17. Juli

Erweiterung und Nachbarn: Island bewirbt sich offiziell nach einer vorangegangenen Parlamentsabstimmung um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

22. Juli

Landwirtschaft und Lebensmittel: Die Kommission legt einen Bericht vor, der den geringen Spielraum der EU bei der Unterstützung der Milchbauern in den nächsten zwei Jahren nachweist. Dennoch bestätigt die Kommission zu überprüfen, ob große Supermarktketten ihre Kaufkraft ausnutzen.

23. Juli

Energieeffizienz: Die Kommission verabschiedet eine Richtlinie, die vorsieht Industriemotoren, Umwälzpumpen, Fernsehgeräte, Kühlschränke und Gefriertruhen energieeffizienter zu machen.

Energieeffizienz: Der Rat der Energieminister fordert die Kommission auf verbindliche Vorschläge für das 20-Prozent-Ziel einzureichen.

25. Juli

Klimawandel: Der Ministerrat spricht sich für eine sofortige Mobilisierung von 2 Milliarden Euro als Unterstützung für Entwicklungsländer. Ziel ist es Vertrauen zu schaffen und dadurch beim internationalen Klimagipfel im Dezember möglichst viele Unterstützer zu finden.

27. Juli

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der Außenminister akzeptiert Island als Beitrittskandidaten und fordert von der Kommission einen Meinungsvorschlag.

Handel und Industrie: Die Kommission verhängt ein Einfuhrverbot auf Robbenprodukte, was Kanada zum Anruf der WTO bewegt.

29. Juli

Infogesellschaft: Der Ministerrat stimmt für eine Vereinbarung, wonach die Verbreitung von Smartphones in Europa unterstützt werden soll, um dadurch die Anzahl der Kunden der Internetbranche zu erhöhen.

30. Juli

Soziales Europa: Die Kommission legt die Idee der Erhöhung der Mindestelternzeit von drei auf vier Monate vor. Damit müssten nationale Gesetze in Großbritannien, Irland, Portugal, Rumänien und Malta geändert werden.